

13. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

US-Präsidentenwahlen 2008

VORWAHLSAISON VOR DEM ABSCHLUSS

Noch stehen sechs Vorwahlen der demokratischen Partei aus. Die Vorwahlen am Dienstag, 13. Mai, in West Virginia wird Hillary Clinton wohl mit deutlichem Vorsprung (bis zu 30 Prozentpunkten) gewinnen. Ebenso die Vorwahlen in Kentucky (20. Mai). Dagegen dürfte Barack Obama bei den Oregon-Vorwahlen (20. Mai) vorn liegen.

Insgesamt werden diese und die weiteren Demokratischen Vorwahlen, die letzten am 3. Juni in South Dakota und Montana, am Ergebnis dieser Vorwahlsaison jedoch nichts mehr ändern.

Barack Obama hat die Vorwahlen der Demokratischen Partei gewonnen. Er hat die meisten gewählten Delegierten gewonnen, die meisten Stimmen und auch in den meisten Staaten. Hillary Clinton kann sich zugute halten, dass sie vor allem die großen Bundesstaaten gewonnen hat. Und sie behauptet, sie habe vor allem jene Bevölkerungsgruppen gewonnen, auf die es bei den Präsidentenwahlen im November besonders ankommen werde (Weiße, Frauen, Arbeiter, Mittelschicht, ohne College-Abschluss, Bezieher niedriger Einkommen, ältere Menschen). Auch die Vorwahlen in West Virginia und Kentucky werden dieses Muster wieder bestätigen. Obama hat ein Problem mit älteren, weißen Mittelklasse-Wählern ohne College-Abschluss („blue collar, working class“), insbesondere Frauen. Diese Wähler muss er aber für sich gewinnen, will er die Präsidentenwahlen im November gegen John McCain gewinnen. Außerdem weist Obama eine Schwäche bei Latinos auf. Diese Wähler spielten aber in West Virginia keine Rolle. Dass Obama in West Virginia so schlecht abschnitt, sollte der Demokratischen Partei indes zu denken geben.

Mit diesem Argument bleibt Hillary Clinton vorerst weiter im Rennen, ohne Aussicht, es noch zu gewinnen. Der Sieg in West Virginia wird ihr noch einmal Schwung verleihen, ohne allerdings das Endergebnis zu beeinflussen. So sehen das offenbar auch die Superdelegierten. Erstmals liegt Barack Obama bei der Anzahl der Superdelegierten, die sich für ihn ausgesprochen haben, vorn.

Aber Hillary Clinton gibt noch nicht auf. Mit bewundernswertem Durchhaltevermögen setzt sie ihren Wahlkampf fort. Bill Clinton, der nun, zum Ende der Vorwahlen, seine Rolle gefunden zu haben scheint, tritt mehrmals am Tage als ihr Wahlkampfheld auf.

Ihr letztes Argument im Kampf um die Nominierung ist die Forderung, die Delegierten aus Michigan und Florida zur Convention zuzulassen. In beiden Staaten wurden die Vorwahlen gegen den Willen der Parteiführung vorgezogen und deshalb annulliert. Clinton hatte in beiden Fällen mit großem Vorsprung gewonnen (in Michigan war Obamas Name aber nicht einmal auf dem Stimmzettel). Wie auch immer dieser Streit ausgehen wird, Obama wird keinem Kompromiss zustimmen, der ihn seinen Vorsprung kosten könnte. Die Parteiführung (DNC) will am 31. Mai darüber entscheiden, wie das Problem aus der Welt geschafft werden kann. Skepsis ist angebracht, ob sie dazu in der Lage ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

13. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

Offen ist jetzt eigentlich nur noch, wann Hillary Clinton aufgibt und ihre „concession-speech“ hält. Manche meinen, sie wolle die Entscheidung bis zur Convention Ende August in Denver offenhalten, um dort eine Abstimmung zu ihren Gunsten zu erzwingen. Diese Aussicht beunruhigt die (schwache) Parteiführung, die Granden der Partei und auch die Parteibasis nachhaltig. Eine tiefe Spaltung der Demokratischen Partei könnte die Folge sein. Eine Spaltung, die bis zu den Wahlen Anfang November nur schwer zu heilen sein dürfte.

Vielleicht gibt sie aber auch kurz nach den letzten Vorwahlen (am 3. Juni) auf und fügt sich dem rechnerischen Ergebnis der Vorwahlen.

Wenn schon nicht das Ergebnis der Vorwahlen, so könnte Geldmangel für ihren Wahlkampf ein abruptes Ende herbeiführen. Am Wochenende wurde bekannt, dass Ihre Kampagne über 20 Mio. \$ Defizit aufweist, davon stammen rund 11,5 Mio. \$ aus einem Kredit der Familie Clinton an die Wahlkampagne. Es bleibt abzuwarten, wie lange Clinton bereit ist, schlechtem Geld weiteres Geld hinterher zu werfen. Schon sind Gerüchte in Umlauf, Hillary Clinton verhandle mit der Obama-Kampagne über ihren Ausstieg, wobei die Übernahme dieses Defizits eine neben anderen Forderungen sein soll.

Oft wird auch darüber spekuliert, ob sie auf einem „ticket“ mit Obama als Vizepräsidenten kandidieren könnte. Dies könnte ein Weg sein, die gespaltene Demokratische Partei zu einen. Hillary und Bill Clinton sind aber nicht angetreten, Vizepräsident zu werden. Obama wird sich auch gut überlegen, ob er das sich und seinen Anhängern antun will.

- Letztlich wird es nur noch darum gehen, wie sie am besten die Wahlkampf Bühne verlässt.
- Ergebnis der Vorwahlsaison ist indes: John McCain und Barack Obama werden im November 2008 die beiden Kandidaten bei den US-Präsidentenwahlen sein.

Wahlkampf McCain - Obama

Hatte man zu Beginn der Vorwahlen noch kritisiert, das Feld der Republikanischen Kandidaten sei viel zu unübersichtlich, es werde lange dauern, bis ein Republikanischer Kandidat feststehe, so war allen Beobachtern klar, dass Hillary Clinton die Demokratische Nominierung quasi schon in der Tasche habe, die Vorwahlen für sie zu einer Krönung würden und dass sie auch die November-Wahlen eigentlich kaum verlieren können würde.

Dann kam die Phase, in der John McCain als Kandidat feststand, aber im Vergleich mit beiden, Hillary Clinton und Barack Obama, aussichtslos zurücklag.

Je länger sich der Kampf zwischen Clinton und Obama hinzog, um so mehr wuchsen die Aussichten von John McCain. Mittlerweile hat er zu beiden aufgeschlossen. Um so wichtiger ist es für die Demokratische Partei, dass Clinton möglichst bald aufgibt. Denn mit jedem Tag, an dem Clinton und Obama ihre Auseinandersetzung fortsetzen, steigen die Aussichten von John McCain.

Die Schärfe der Auseinandersetzung innerhalb des Demokratischen Lagers hat bereits dazu geführt, dass zwischen 20 und 30% der Anhänger von Clinton erklären, sie würden einen Kandidaten Obama nicht wählen. Ähnlich viele Obama-Anhänger würden Clinton nicht wählen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

13. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

Dennoch sind die Aussichten, dass der nächste Präsident der USA ein Demokrat sein wird, noch immer groß. Die Republikanische Partei ist im Meinungstief. Überhaupt erhalten alle Politiker ausgesprochen schlechte Noten. Der Congress wird sogar noch schlechter eingestuft als Präsident George W. Bush. Insgesamt ist die Meinung weit verbreitet, das Land steuere in die falsche Richtung, das Ruder müsse herumgerissen werden. Deshalb ist der kaum mit konkreten Orientierungspunkten unterlegte Ruf von Barack Obama nach „Change“ auch so erfolgreich. Alle stimmen zu, so könne es im Lande nicht weitergehen. Keiner aber weiß, wohin es gehen soll. Auch die Auseinandersetzung zwischen Clinton und Obama hat da nicht zur Konkretisierung beigetragen, da es vor allem um persönliche Attacken ging.

Auch die Rangfolge der Themen, die im Wahlkampf eine Rolle spielten und spielen, hat sich nachhaltig geändert. Noch im Herbst 2007 stand praktisch nur ein Thema im Vordergrund: Irak. Obama behauptete, er sei schon immer gegen den Irakkrieg gewesen, Clinton nicht. Sie wiederum sprach Obama die Fähigkeit und notwendige Erfahrung ab, Commander in Chief zu sein. Sie sei „ready and battle tested“. Beide machten McCain für den Krieg mitverantwortlich, ein Präsident John McCain sei gleichbedeutend mit einer dritten Amtszeit für Präsident George W. Bush. McCain hielt dagegen, seine Idee der Truppenaufstockung (surge) sei erfolgreich. Er habe häufig gegen Initiativen von George W. Bush gestimmt.

In der Tat hat sich die Lage in Irak nachhaltig stabilisiert. Folglich ist auch das Thema im Wahlkampf in den Hintergrund getreten und rangiert nun nur noch an dritter oder gar vierter Stelle in den Umfragen. Selbst unter Anhängern der Demokratischen Partei steht es nicht mehr an erster Stelle. Dagegen sind die wirtschaftliche Lage (Ölpreise, Inflation) und die Immobilienkrise zum Thema Nummer Eins geworden. Gefolgt von der Reform des Krankenversicherungswesens sowie der Immigrationspolitik.

John McCain ist nicht dafür bekannt, ein Experte auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu sein. Deshalb müht er sich in letzter Zeit besonders darum, auf diesem Gebiet Profil zu zeigen. Sein jüngster Vorschlag einer „Auszeit für die Bezinsteuer in den Sommermonaten“ (summer gas tax holiday) belegt allerdings weniger ökonomische Vernunft als Gespür für publikumswirksame Ankündigungen. McCains Stärke liegt dagegen in seiner langjährigen Erfahrung auf dem Felde der Außen- und Sicherheitspolitik. Ihn könnten sich die meisten Amerikaner wohl sehr gut als Commander in Chief vorstellen. Ihm vertrauen sie am meisten, wenn es um den Kampf gegen den Terrorismus und um den Krieg im Irak geht. Auch auf dem Gebiet der Immigrationspolitik gilt er als kompetent und ist er mit eigenen Initiativen hervorgetreten. Legalisierung und Integration der Einwanderer, die sich illegal im Lande aufhalten. Sicherung der Grenzen im Süden. So seine Leitlinien.

John McCain hält Barack Obama vor, dass er weder administrative noch legislative Erfahrung habe. 71% der Befragten meinen, dass McCain größere Erfahrung habe, Präsident zu sein. In der Tat ist Obama im State Senate von Illinois vor allem dadurch aufgefallen, dass er häufig mit „Enthaltung“ (present) votierte. Seine bisher knapp vier Jahre im US-Senate haben noch keine Spuren hinterlassen. Seinen Vorsitz im Subkomitee Europa des Senats hat er für keinerlei Initiative genutzt. Allerdings weist Barack Obama im US-Senate ein Abstimmungsverhalten auf, das am weitesten „links“ unter allen Senatoren eingestuft wird. Dem hält McCain seine Erfahrung und seine Fähigkeit entgegen, auch über Parteigrenzen hinweg zusammenzuarbeiten (to reach across the aisle), was er in zahlreichen Gesetzesinitiativen bewiesen hat.

Barack Obama hält McCain vor allem vor, er bedeute gewissermaßen eine Fortsetzung der Bush-Politik und der traditionellen Washington-Politik, die nicht das Wohl der Bevölkerung im Auge habe. (59% der Befragten meinen, Obama stehen für den Wandel, den Washington benötigt.) Mit McCain seien Wandel und ein Neuanfang nicht möglich. Irak sei hierfür das

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

13. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

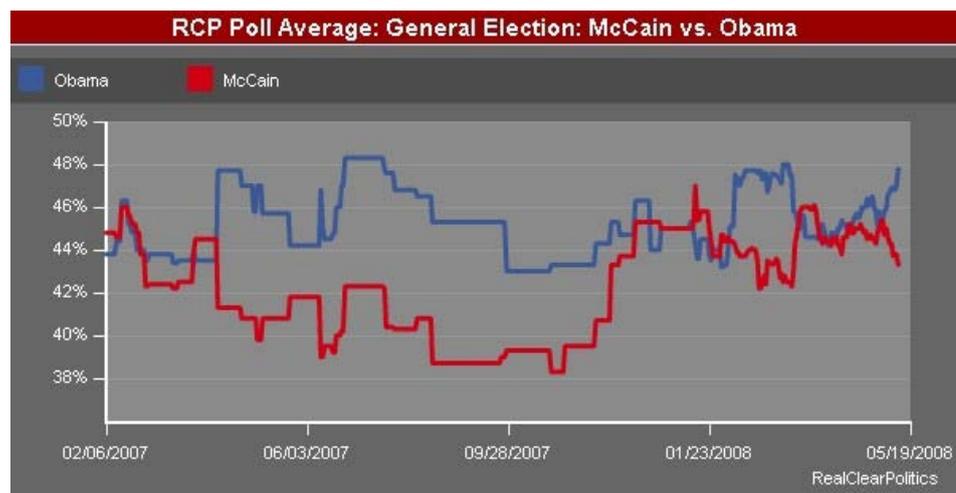
wichtigste Beispiel. Aber auch die Vorschläge von McCain zur Wirtschaftspolitik. Die Vorschläge McCains zur Steuerpolitik begünstigten nur die Reichen. Er lässt auch nicht aus, auf McCains Alter zu verweisen: „I salute the fifty years of John McCain’s service to our country“. Auf sein Alter angesprochen antwortet John McCain, er werde seine 96 Jahre alte Mutter zum nächsten Wahlkampfauftritt mitbringen, um zu demonstrieren, wie fit sie ist. Außerdem müsse man die sechs Jahre, die er im „Hanoi-Hilton“ verbracht habe, von seinem Alter abziehen.

Bei aller Begeisterung, die man immer wieder bei Wahlkampfauftritten von Barack Obama verspürt, hat er auch einige Schwachpunkte. Sein Verhältnis zu seinem Pastor Jeremiah Wright ist zu einer schweren Belastung für ihn geworden. Zu spät hat er sich von ihm distanziert. Der Wahlkampf der Clinton-Kampagne hat aus einem Kandidaten Obama, dessen Rasse zu Beginn des Wahlkampfes praktisch keine Rolle spielte, einen Kandidaten gemacht, der nun zu 80-90% von Schwarzen gewählt wird und der bei Weißen nur unterdurchschnittlich abschneidet. Weiße Mitglieder der Mittel- und Unterschicht haben Schwierigkeiten mit einem Kandidaten Obama. Insgesamt fragen sich viele: „Is the country ready for an african-american President?“ Viele Wähler, die Obama nicht wählen werden, weil er ein Schwarzer ist, geben das indes nicht offen zu.

Trend

Wem von beiden die Amerikaner im November eher folgen werden, wird neben der persönlichen Ausstrahlung sehr von der politischen und wirtschaftlichen Situation im Herbst anhängen. Fängt sich die US-Wirtschaft rascher als befürchtet, wird dieses Thema an Bedeutung verlieren. Weitere Erfolge in Irak würden die Politik von John McCain unterstützen. Verschärft sich indessen der Wirtschaftsabschwung, wird das wohl Barack Obama helfen. Spitzt sich der Konflikt in Irak wieder zu, wird Obama ebenfalls davon profitieren.

In den jüngsten Umfragen liegt Barack Obama noch immer vor John McCain. Bis zum 4. November sind es aber noch mehr als sechs Monate, kann noch viel geschehen.



Quelle: Real Clear Politics

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

13. Mai 2008

www.kas.dewww.kas.de/uswahlen2008

Zu transatlantischen Themen und zu ihrem zukünftigen Verhältnis zu Europa haben sich beide Kandidaten in ihrem Wahlkampf bisher kaum oder nur am Rande geäußert. Allerdings ist McCain ein ausgezeichnete Kenner der transatlantischen Beziehungen und Europas. Über viele Jahre nahm er an der Münchener Sicherheitskonferenz teil und reiste in Europa. Obama ist auf diesem Feld ein unbeschriebenes Blatt, hat aber eine große Zahl kompetenter Berater um sich gesammelt.

Mit Ausnahme des Irak-Konflikts dürften John McCain und Barack Obama in vielen Fällen im Grundsatz in außen- und sicherheitspolitischen Fragen auch weniger weit auseinander liegen als vermutet. Auch Obama müsste sich auf die in Washington vorhandene Expertise verlassen. Unterschiede dürfte es dagegen eher im Stil geben. McCain wird weniger zögern, auf die militärische und wirtschaftliche Macht der USA zu setzen. Barack Obama wird es zunächst mit Verhandlungen versuchen. Aber auch er hat schon geäußert, er würde nicht zögern, Pakistan zu bombardieren, falls erforderlich.

McCain wird aus dem Irak nicht abziehen, ohne einen Sieg errungen zu haben („surrender is not an option“). Damit trifft er die Einstellung vieler Amerikaner. Obama wird mit dem Abzug auch ohne Sieg beginnen, aber ein beträchtliches Truppenkontingent in Irak belassen. Obama hält den Konflikt in Afghanistan für die Schlüsselauseinandersetzung im Kampf gegen den Terror. Von den europäischen Verbündeten wird er, wie auch McCain, wesentlich mehr Engagement einfordern.

In ihrer Einschätzung des Konflikts mit dem Iran liegen beide wohl nicht weit auseinander. Obama setzt auf direkte Gespräche mit Iran. Er lässt aber auch keinen Zweifel daran, dass Iran keine Massenvernichtungswaffen besitzen darf. Jüdische Gruppen äußern allerdings ihre Besorgnis über die Haltung eines Präsidenten Obama zu Israel und dessen mögliche Bedrohung durch Iran.

Auch in der Beurteilung Russlands und dessen Beziehungen mit dem Westen sind die Unterschiede zwischen beiden nicht besonders groß. Überhaupt könnte sich das Verhältnis zu Russland zu einem der wichtigen Dissensbereiche zwischen Europa und den USA entwickeln, unabhängig davon, ob Obama oder McCain Präsident werden.

Beiden Kandidaten haben bereits erklärt, dass Klimawandel und Umweltschutz einen hohen Stellenwert in ihrer politischen Agenda einnehmen werden. Energieeffizienz und neue (grüne) Technologien stehen bei ihrer Klimapolitik im Vordergrund. Auch die Verringerung der Abhängigkeit von Rohölimporten spielt eine wichtige Rolle. Einschränkungen beim Lebensstandard in den USA kommen allerdings nicht in Frage. McCain sieht die Klimapolitik von Präsident Bush sehr kritisch und meint, auf dem Felde Umweltpolitik werde er führen und nicht Obstruktion betreiben.

Ein Präsident Obama wird gewiss dem Staat eine größere Rolle bei der Bewältigung wirtschaftlicher Probleme zuweisen als ein Präsident McCain. Die Wirtschaftspolitik wird interventionistischer werden. McCain wird die von Präsident Bush eingeführten Steuersenkungen festschreiben. Obama wird die Steuern auf Bezieher höherer Einkommen erhöhen und auf Bezieher mittlerer Einkommen senken.

McCain gegen Protektionismus eingestellt. Von ihm ist zu erwarten, dass er globale (WTO) und regionale Freihandelsabkommen befördert. Obama ist weniger freihändlerisch und will beispielsweise NAFTA auf den Prüfstand stellen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

13. Mai 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

Bei all diesen Politikfeldern ist mit in Betracht zu ziehen, dass im November 2008 auch das Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats neu gewählt werden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Demokraten ihre Mehrheit im Haus ausbauen können werden. Auch im Senat können sie mit einem Zuwachs rechnen. Offen bleibt, ob sie die Schwelle von 60 Demokratischen Senatoren erreichen können.

Ein Republikanischer Präsident müsste also mit einem Congress mit Demokratischer Mehrheit in beiden Häuser zurechtkommen. Ein Demokratischer Präsident hätte es da vermutlich etwas leichter.